

Der Begriff „Börse“

und

die freien Vereinigungen

VON

Dr. Hugo Alexander-Katz,

Regierungsrath a. D., Justizrath.

Preis 75 Pfg.



BERLIN 1897.

Verlag von Paul Hüttig.

Mohrenstr. 13/14.

II

22407

**EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
BIBLIOTHEK
II 22407**

Der Begriff „Börse“

und

die freien Vereinigungen

von

Bad 1613 Wirtschaft Kiel 27. 6. 40. ✓

Dr. Hugo Alexander-Katz,

Regierungsrath a. D., Justizrath.



Ausgefördert

*z. 673/96
97.*

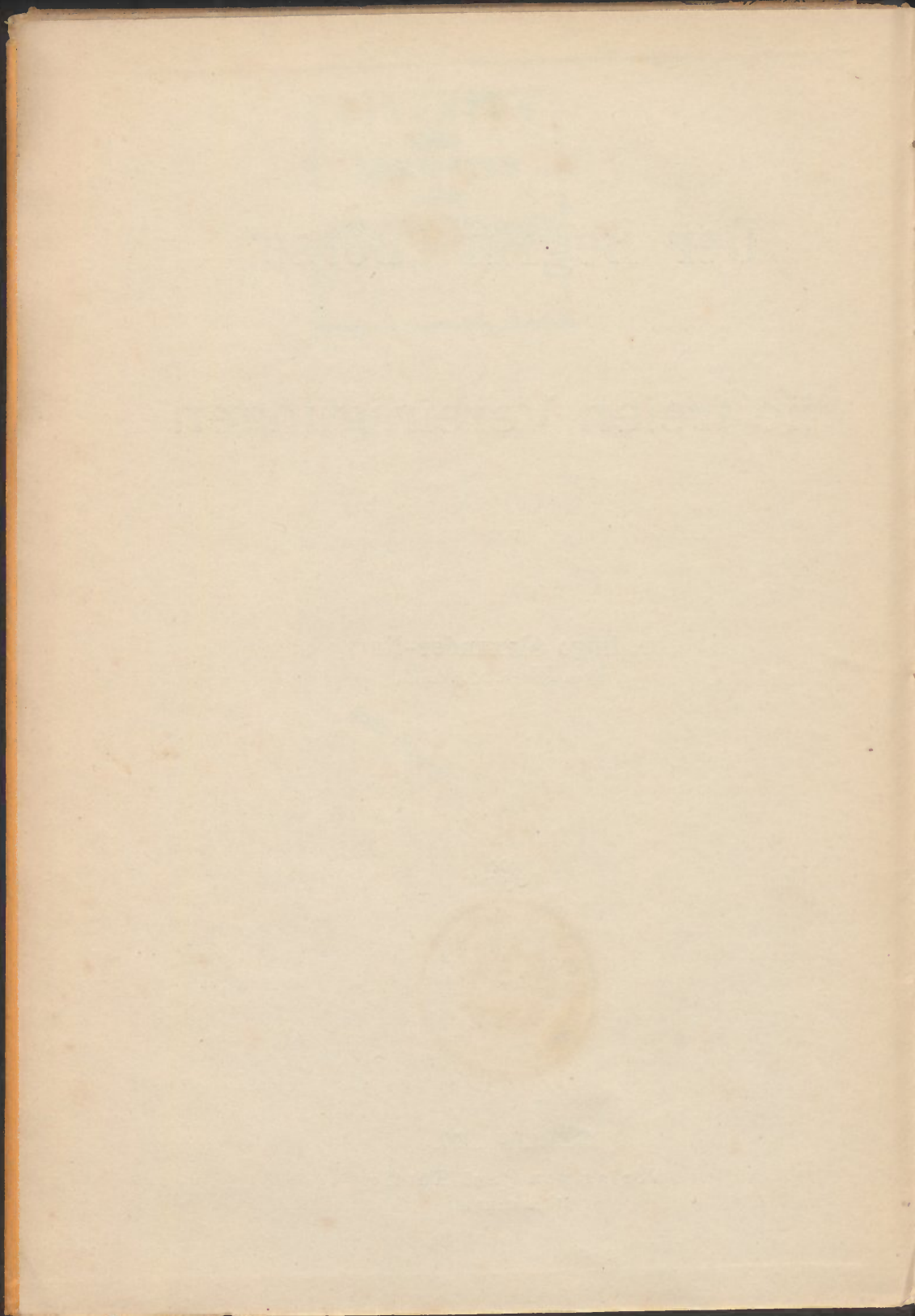


H. C. 3 g.

BERLIN 1897.

Verlag von Paul Hüttig.

Mohrenstr. 13/14.



Wer auch nur mit einiger Aufmerksamkeit die Erörterungen verfolgt hat, welche sich in der Oeffentlichkeit an das Börsengesetz knüpften, noch ehe es von dem Deutschen Reichstage in endgiltiger Gestalt dem deutschen Volke dargeboten wurde, der konnte sich der Erkenntniss nicht entziehen, dass es nach seinem Inkrafttreten nicht aufhören würde, immer neue Räthsel aufzugeben. Die Schwierigkeiten in der Handhabung des Gesetzes zeigten sich schon bei den dem Bundesrath und den Landes-Regierungen im Gesetze zugewiesenen Ausführungsbestimmungen und dass erst gar die Kaufleute, auch wenn sie noch so geschäftsgewandt wären, kaum im Stande sein würden, das Gesetz zu handhaben, war daher erst recht vor auszusehen. Selbst die Hinzuziehung bewährtester Juristen schien wenig zu helfen, denn kaum ein deutsches Gesetz existirt, welches unter einander so diametral entgegengesetzten Strebungen und Absichten das Licht der gesetzgeberischen Welt erblickt hat. In allen wirklich in das praktische Leben einschneidenden Fragen die allererheblichsten Bedenken. Kaum die Fragen der Börsenorganisation selbst sind einigermassen vor Zweifeln sichergestellt, obwohl man hätte annehmen dürfen, dass wenigstens auf diesem juristisch einfachsten Gebiete Alles klar wäre. Woran aber die eifrigsten Väter des Gesetzes gewiss nicht gedacht haben: es erscheint ein Börsengesetz, und alsbald wird es zweifelhaft, welches Geltungsgebiet dem Gesetze zugewiesen ist, denn Niemand weiss, was eine Börse ist. Es entstehen allseitige Zweifel darüber, auf welche Bildungen, auf welche Vereinigungen das Börsengesetz grundsätzlich Anwendung finden soll. Dass eine Börse eine Vereinigung von Menschen zu geschäftlichen Zwecken voraussetzt, darüber dürfte kein Zweifel sein. Und auch darüber wird gewiss allseitige Uebereinstimmung herrschen,

dass nicht Alles, was nach dem hier oder dort vorhandenen, oft wechselnden Sprachgebrauch als Börse bezeichnet wird, eine solche im Sinne des Börsengesetzes sein kann. Denn man spricht nicht allein von einer Eierbörse, sondern auch von einer Tauben- oder Briefmarkenbörse, als von Zusammenkünften, wo Eier, Tauben (Ziertauben) oder Briefmarken gekauft und verkauft werden. Ja es dürfte in Berlin in weiten Kreisen bekannt sein, dass dort eine „Musikerbörse“ besteht, d. h. ein Ort, wo man Musiker miethen kann.

Wenn in dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften die Definition der Börse als einer regelmässig sich wiederholenden Zusammenkunft von Kaufleuten und Handelsvermittlern zum Zwecke des geschäftlichen Verkehrs, des Kaufs und Verkaufs von Waaren gegeben wird, so mag diese ganz allgemein gehaltene Erklärung des Wortes Börse sogar für alle wirklichen Börsen vielleicht zutreffen, obwohl diese Erklärung auch für den Begriff „Markt“ passt; sie führt aber nicht weiter, weil diese Erklärung nicht sagen wollte und nicht sagen konnte, was das Deutsche Börsengesetz unter einer Börse versteht. Denn das Börsengesetz ist in seinen ersten Anfängen jünger als diese Definition.

Ebensowenig kann entscheidend sein, was jetzt die Presse der einen oder der anderen Partei als Börse bezeichnet. Insbesondere ist es auf der Hand liegend unrichtig, wenn gesagt wird, es sei für den Begriff der Börse nicht der juristische Charakter der Vereinigung, sondern die wirthschaftliche Bedeutung der Zusammenkünfte, namentlich in ihrer Einwirkung auf die Preisbildung in einem weiteren Wirthschaftsgebiete massgebend. Denn es wird hier Ursprung und Wirkung der Börse, d. h. ihre wirthschaftliche Bedeutung an die Stelle ihrer äusseren Merkmale gesetzt. Diese äusseren Merkmale (Kriterien) aber sind es, wonach zu suchen ist, weil nur mit diesen sich die rechtliche und richterliche Handhabung des Gesetzes befassen kann, also mit ihrem juristischem Charakter, nicht aber mit den Zwecken, welche eine Vereinigung verfolgt und der Wirkung, welche sie gewöhnlich erreicht, also mit ihrer wirthschaftlichen Bedeutung.

Aber, wenn selbst diese wirthschaftliche Bedeutung das Charakteristikum einer Börse (natürlich nach dem Börsen-

gesetz) sein soll, so ist man damit auch nicht einen Schritt weiter. Denn einmal: wo sind denn die gesetzlichen Merkmale dieser wirthschaftlichen Bedeutung? Nirgends, weder im Börsen- noch in einem anderen Gesetze finden sie sich. Eine Begriffsbestimmung aber, welche nicht ermöglicht, gewisse thatsächliche Erscheinungen unter die gegebene Begriffsbestimmung zu subsumiren, ist eben keine solche. Und dann: was heisst ein weiteres Wirthschaftsgebiet? Ist es die Welt, Europa, Deutschland, Danzig, Berlin? Und wer entscheidet das? Etwa die Landes-Regierungen oder der Bundesrath? Und wo wäre das gesetzlich bestimmt? In dem Reichsgesetze für die Börse nicht.

Auch das dürfte unbestritten sein: Die Frage, was versteht das Börsengesetz unter „Börse“ kann nicht auf Grund der thatsächlichen Gestaltung der Börsen in der Welt, z. B. in Chicago, New-York, London oder Paris beantwortet werden. Welche Aehnlichkeit bestände auch zwischen der Getreidebörse in Chicago und der unstreitig als Börse anerkannten in Grimmen? Offenbar kein anderer als dass hier wie dort Getreide ge- und verkauft wird. Das findet aber auch in dem Komptoir jedes Getreidehändlers und im Bureau vieler Rittergutsbesitzer statt.

Die thatsächlichen Verhältnisse sind eben bei den einzelnen, als Börse bezeichneten Vereinigungen so unendlich verschieden, dass unseres Erachtens eine abstrakte, prinzipielle Definition des Begriffes von Börse, wie man ihn bei Auslegung des Börsengesetzes nur verwerthen kann, nicht nur eine Unmöglichkeit ist, sondern zu völlig verkehrten Resultaten führen würde.

Bei der Feststellung dessen, was das Börsengesetz als Börse ansieht, können daher nur Gesetze in Betracht kommen, und zwar zunächst das Börsengesetz und dann etwaige sonstige gesetzliche Bestimmungen, wobei alles Das selbstverständlich zu beachten ist, was als Erläuterung zu den Gesetzen nach juristischen Grundsätzen angesehen zu werden pflegt.

Das Börsengesetz sagt von den Börsen nur:

„Die Errichtung einer Börse bedarf der Genehmigung der Landesregierung. Diese ist befugt, die Aufhebung bestehender Börsen anzuordnen.“

Das Gesetz disponirt hiernach über zwei Arten von Börsen:

1. solche, welche in Zukunft erst errichtet werden sollen, und

2. solche, welche vor Erlass des Gesetzes bestanden. Beide sollen dem Börsengesetz unterworfen sein.

Was die zweite Kategorie, die bestehenden Börsen anlangt, so finden sich diese in der Begründung zum Gesetze (S. 17) eingehend aufgeführt. Welche Börsen also das Börsengesetz als bestehend ansieht, kann nicht streitig sein und ist auch nicht streitig geworden. Was aber die in Zukunft entstehenden Börsen anlangt, so sagt das Gesetz nur: es solle ihre Errichtung der Genehmigung der Landesregierung unterliegen. „Errichtung.“ Um Etwas zu errichten, dazu gehört ein Wille und die Bethätigung dieses Willens. Wer sind die Personen, die eine Börse „errichten“ können? Doch offenbar Kaufleute. Und wie bethätigt sich dieser Wille? Doch offenbar durch eine Erklärung, die dahin geht, errichten zu wollen oder die doch zweifellos dahin gedeutet werden kann. Diese Deutung der Erklärung im Sinne des Errichtenwollens kann doch unmöglich in der Erklärung gefunden werden: Wir wollen Geschäfte machen, aber wir wollen nicht eine Börse „errichten“. Aber selbst, wo eine solche Erklärung nicht vorhanden ist, welche die „Errichtung“ einer Börse ablehnt, welche es ablehnt, gerade diese Form einer Vereinigung zu bilden, welche Börse genannt wird, geschieht doch dem gewöhnlichen Wortsinn Gewalt, wenn die Worte: „die Errichtung einer Börse bedarf der Genehmigung der Landesregierung“ anders verstanden werden sollten, als: wer eine Börse errichten will, der muss das erklären und insbesondere auch der Landesregierung erklären und er muss deren Genehmigung erbitten. Genehmigt die Landesregierung die Errichtung der Börse, dann genießt sie alle Vortheile des Gesetzes: 1. die Genehmigung der Landesregierung, wodurch sie eine Autorität als öffentlich-rechtliche Institution erhält, 2. den Staatskommissar, der die Thätigkeit der Börse überwacht, 3. den Börsenausschuss des Bundesraths, 4. eine Börsenordnung, die wieder staatlich genehmigt ist und eine gewisse Autorität verleiht, 5. die ehrengerichtliche Einrichtung, welche der Börse die Disziplinargewalt über ihre Mitglieder giebt, 6. amtlich bestellte Kursmakler, 7. amtliche Preisfeststellung, welche bei Effekten den Selbsteintritt des Kommissionärs ermöglicht, 8. unter gewissen Umständen Deckung gegen den sogen. Differenzeinwand.

Genehmigt die Landesregierung die Errichtung einer Börse nicht, so ist eben eine solche nicht vorhanden und die Vereinigung, welche die Errichtung einer Börse plante und deren Genehmigung beantragte, sieht sich aller der aufgeführten Vortheile und Bevorzugungen beraubt, welche das Gesetz nur einer staatlich genehmigten Börse zusichert.

Nun wird wohl nirgends bestritten werden, dass die Errichtung einer Börse niemals plötzlich aus dem Entschlusse einer gewissen Anzahl von Personen entstanden ist, eine Börse zu errichten, und dass dies in Zukunft auch nicht der Fall sein wird, sondern der Vorgang ist doch immer der gewesen: Es sind eine gewisse Zahl von Personen, die mit bestimmten Werthen handeln, zusammengetreten, um ihre Geschäfte, die sie schon vorher gelegentlich oder regelmässig mit einander abschlossen, zu bestimmten Stunden und an bestimmten Orten abzuschliessen. Wenn diese Einrichtung sich bewährt, dann fangen an sich Gewohnheiten zu bilden, welche den Handelsverkehr erleichtern, diese werden schliesslich von der Vereinigung oder dem Vorstande, den sie sich wählt, festgestellt, es wird endlich, wenn der Geschäftsumfang es gestattet, an Stelle des gemietheten Hauses ein eigenes angeschafft (so noch nachweisbar für Halle a. S.) und die Organisation immer mehr gefestigt. Schliesslich wird, wenn es die Betheiligten für zweckmässig erachten, von der Vereinigung die staatliche Genehmigung zur „Errichtung einer Börse“ erbeten. Dass alles dies, was der „Errichtung einer Börse“ nach der Natur der Dinge vorangehen muss, von dem Börsengesetze hat verboten werden sollen, davon steht in dem Gesetz nichts. Und es ist auch in den langen Verhandlungen der Börsenenquête-Kommission und des Reichstags nie ein solcher Gedanke zum Ausdruck gekommen. Aber wäre das selbst der Fall, es würde doch nicht genügen, um ein solches Verbot als gesetzlich gewollt anzunehmen. Denn gesetzlich gewollt ist nur das, was im Gesetze zu irgend einem Ausdruck gelangt ist, was ja ersichtlich hier nicht der Fall ist. Hierbei ist aber zu beachten, dass einer künstlichen Hineininterpretirung eines solchen Verbots in das Gesetz doch ganz besonders entgegensteht: die Freiheit des Gewerbebetriebes, wie ihn die Gewerbeordnung zur Grundlage hat einerseits und andererseits das freie Versammlungsrecht. Das führt schon

Jastrow (Soziale Praxis 1897 No. 17) dahin aus, dass er hervorhebt, die sogen. freien Vereinigungen seien doch gesetzlich nicht konzessionspflichtig und dass, wer mit einem Andern Geschäfte macht, doch nicht Versammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes abhält, und sicherlich keine solchen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Gegenüber solchen grossen bekannten Grundsätzen des öffentlichen Lebens im Staate kann man Verbote nicht konstruieren, sondern nur gesetzgeberisch schaffen.

In einem anderen Sinne den § 1 des Börsengesetzes zu interpretieren, findet sich auch in den Materialien zu dem Gesetze kein Anlass. Wenn die Begründung zum Gesetzentwurf sagt: „Von einer Definition des Begriffs „Börse“ hat der Entwurf abgesehen, weil eine solche kaum erschöpfend zu geben ist, und weil die thatsächliche Gestaltung der vorhandenen und als solche im technischen Sinne unbestritten anerkannten Börsen genügenden Anhalt bietet, um zu entscheiden, ob eine kaufmännische Vereinigung im Sinne des Gesetzes als „Börse“ anzusehen ist oder nicht“, so fragt sich, was damit hat gesagt sein sollen. Nach dem Voraufgeführten kann es nur ein Hinweis darauf sein, dass die Frage, ob dem Antrag auf Ertheilung der staatlichen Genehmigung für Errichtung einer Börse stattzugeben ist oder nicht, davon abhängen wird, wie sich thatsächlich die Verhältnisse gestaltet haben, ob nämlich die Voraussetzungen vorhanden sind, welche bei den bereits bestehenden Börsen thatsächlich gefunden werden. Jedenfalls kann aber aus dieser Bemerkung der Begründung doch nicht gefolgert werden, dass das Gesetz hat sagen wollen: Gewisse kaufmännische Vereinigungen, die nicht näher präcisirt werden, sind verboten oder noch ungewisser: können verboten werden, wenn sie nicht die staatliche Genehmigung als Börsen erbitten oder diese versagt wird. Und dieses unter stillschweigender Abänderung der Reichsgewerbeordnung und der Verfassungen der Einzelstaaten.

Endlich sagt die Begründung: „Vereinigung im Sinne dieses Gesetzes“ d. h. also: auf welche dieses Gesetz Anwendung findet. Wo aber giebt dieses Gesetz ein Verbietsrecht für Vereinigungen, die nicht Börsen sein wollen, die eine Börse nicht „errichten“ wollen. Ebenso wenig findet sich in den

Verhandlungen der Enquete-Kommission irgend ein Gedanke oder nur eine Andeutung, welche darauf schliessen liessen, es sei beabsichtigt gewesen, den Einzelregierungen das Recht zu verleihen, kaufmännische Handelsvereinigungen zu verbieten, welche nicht „Börse“ sein wollen, besonders nicht Börse im Sinne dieses Gesetzes.

Wenn weiter angeführt worden ist, die Begründung zum Gesetze sage (S. 17):

„Zusammenkünfte der Börsenbesucher in den Börsenräumen ausserhalb der gewöhnlichen Börsenzeit, welche den Charakter börsenmässiger Versammlungen tragen, (Frühbörsen, Nachbörsen, Abendbörsen und dergleichen) unterliegen den für die Börsen gegebenen gesetzlichen und administrativen Bestimmungen in gleicher Weise, wie die Versammlungen während der Hauptbörsenzeit“ so ist diese Bemerkung zunächst in das Gesetz nicht aufgenommen und es ist wohl zu fragen, ob sie als Erläuterung des Gesetzes an sich zu acceptiren ist. Dies ist allerdings der Fall: Es ist nämlich kurz nur dieses gesagt: Versammlungen in den Börsenräumen, welche sich von den Versammlungen zur Hauptzeit nur dadurch unterscheiden, dass sie zu anderer Zeit in den Börsenräumen abgehalten werden, sind Börseneinrichtungen, unterliegen dem Börsengesetze. Es wird also hier eine freie Vereinigung ausserhalb der Börsenräume nicht getroffen und, wie wenig diese Aeusserung der Begründung auf solche Anwendung finden kann, ergiebt sich schon jetzt praktisch aus der Entscheidung des Handelsministers, dass die Frühbörsen, welche in den Räumen der Berliner Börse abgehalten werden, als eine Börseneinrichtung nicht anzusehen sind. Jedenfalls aber ergiebt sich, dass diese Bemerkung der Begründung für die vorliegende Streitfrage unverwendbar ist.

Es wurde endlich darauf Bezug genommen, dass die Begründung anführt:

„Die Aufstellung bestimmter Normen ist schon in formeller Hinsicht leichter in Betreff derjenigen Börsen, welche bereits eine feste äussere Organisation besitzen, als in Betreff der Börsen, die sich ihrer Entwicklung nach als freie Vereinigungen von Kaufleuten und anderen Gewerbetreibenden zu geschäftlichen Ver-

abredungen jeder Art betrachten und daher jedem Eingreifen des Staates mit besonderer Lebhaftigkeit widerstreben.“ Und

„Beschränkt sich die Gesetzgebung auf diejenigen Massregeln, welche zum Schutze der allgemeinen wirthschaftlichen Interessen als nothwendig erkannt werden, so muss sie auch auf alle inländischen Börsen ohne Unterschied sich erstrecken.“

Dabei ist aber nicht citirt worden, wie die Begründung hier weiter fortfährt:

„Dabei bleibt immer noch Raum, um der auf historisch gesunder Grundlage entwickelten Eigenart des einzelnen Börsenplatzes Rechnung zu tragen.“

D. h. also, es handelt sich bei dieser ganzen Ausführung der Begründung um diejenigen Börsen, welche bisher (auf historischer Grundlage) bei Erlass des Gesetzes der staatlichen Genehmigung entbehrten — nämlich um bestehende Börsen, welche im zweiten Satze des § 1 des Börsengesetzes getroffen sind, nicht um die in Frage stehenden des ersten Satzes: „zu errichtenden Börsen.“

Zu den Materialien des Börsengesetzes gehören auch die Verhandlungen der Börsenenquête-Kommission. In diesen aber findet sich, dass über die Frage der Definition des Wortes Börse verhandelt wurde, dass auch eine solche vorgeschlagen war und zwar dahin:

„Die Börse ist eine durch den Staat genehmigte und unter Staatsaufsicht stehende Veranstaltung von Gemeinden oder Handelskorporationen zu dem Zwecke, den Handelsverkehr zu erleichtern und die allgemeinen wirthschaftlichen Interessen zu fördern.“

Die Enquete-Kommission lehnte es allerdings ab, überhaupt eine Definition von Börse zu geben, aber es ist auch nicht das Geringste ersichtlich, dass dies etwa aus dem Grunde geschehen ist, weil die Betonung der Staatsgenehmigung oder der Staatsaufsicht die Definition als verfehlt erwies. (Anlagen z. Ber. d. Börs. Enquete-Komm. Uebersicht der abgelehnten u. zurückgezogenen Anträge. S. 1.) Es wurde vielmehr überhaupt keine Definition beliebt.

Dieselbe Auffassung zeigt auch die Genehmigung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe zu den neuen Börsenordnungen z. B. für Frankfurt a/M. und Danzig. Die erstere sagt:

„Die Frankfurter Börse ist eine mit staatlicher Genehmigung für den Handelsstand gegründete Anstalt, welche für die Versammlung der Kaufleute, Makler und anderer Personen zum Zwecke der Erleichterung des Betriebes kaufmännischer Geschäfte u. s. w. bestimmt ist.“

Die Börsenordnung für Danzig spricht aus:

„Die Börse ist die unter Genehmigung des Staates gebildete und unter Aufsicht des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft stehende Versammlung von Kaufleuten, Handelsmaklern, Schiffen und anderen Personen zur Erleichterung des Betriebes von Handelsgeschäften.“

Dass aber die Definition des Wortes Börse, wie in der Enquete-Kommission, so in der Begründung des Gesetzes überhaupt vermieden wurde, zeigt schon, dass der Fall der Bildung neuer Gemeinschaften, welche auf dem Boden des Börsengesetzes sich nicht organisiren wollen, garnicht in's Auge gefasst worden ist, dass man sich mit diesen garnicht beschäftigt hat, also garnicht die Absicht vorhanden war, für solche Gemeinschaften ein Gesetz vorzuschlagen. Bezeichnend für die Richtigkeit dieser Anschauung ist endlich auch, dass der Vorschlag der Börsenenquete-Kommission lautete: „Die Genehmigung der Errichtung der Börsen — — steht den einzelnen Landesregierungen zu“ ohne dass die Aufhebung von Börsen, welche jetzt das Gesetz besonders hervorhebt, ausdrücklich erwähnt war. Der Einwurf, es mangle die Möglichkeit, eine bestehende Börse aufzuheben, wurde von der Börsenenquete-Kommission in ihrem Bericht (S. 10) von vornherein mit folgenden Worten abgewiesen:

„Es wurde daher als zweifellos anerkannt, dass, wenn die Errichtung von Börsen der Genehmigung der Landesregierung unterliegt, und letztere die Börsenordnungen zu genehmigen hat, die Landesregierungen auch befugt sind, diejenigen Börsen, welche sich beharrlich weigern, den Anordnungen der Aufsichtsbehörde nachzukommen, wieder aufzuheben.“

Diese Worte: Börsen, welche sich „beharrlich weigern“ auf Bildungen anzuwenden, welche überhaupt keine Börse sein oder „errichten“ wollen, jede typische Börseneinrichtung ablehnen, war offenbar nicht gemeint, und es ergibt sich jedenfalls dieses, dass an zukünftige Bildungen, welche sich auf diesen Standpunkt stellen, überhaupt nicht, sondern nur an die vorhandenen Börsen gedacht wurde.

Einen weiteren und unzweifelhaften Beleg hierfür giebt der Bericht der (IX) Kommission des Reichstages für das Börsengesetz: dort heisst es S. 2:

„Bei Berathung des § 1 wurde von einem Mitgliede der Kommission an die Vertreter der verbündeten Regierungen die Anfrage gerichtet, ob die Bestimmung in dem Gesetze, wonach die Landesregierungen befugt seien, die Aufhebung bestehender Börsen anzuordnen, den Zweck habe, eine Verminderung der bestehenden Börsen durch Aufhebung einzelner Börsen herbeizuführen.

Diese Anfrage wurde verneint und bemerkt, dass durch die Bestimmung nur den Landesregierungen die Möglichkeit gegeben werden solle, Börsen aufzuheben, die sich beharrlich weigerten, die gesetzlichen oder die von den Landesregierungen erlassenen Verwaltungsbestimmungen zu befolgen oder bei denen die Voraussetzungen ihrer Genehmigung nicht eingetreten bzw. in Fortfall gekommen seien; es sei jedoch zu erwarten, dass nur ganz ausnahmsweise von der Befugniss Gebrauch gemacht werden würde. — Nach dieser Erklärung wurde der § 1 nicht weiter beanstandet und von der Kommission angenommen.“

Also auch hier handelt es sich hinsichtlich der Aufhebung von Börsen lediglich um die bei Berathung und Erlass des Gesetzes schon bestehenden, während zukünftige unter die Bestimmung über Errichtung von Börsen fallen.

Ein weiteres Argument für unsere Ansicht findet sich endlich für Preussen, welches allein in Frage ist, in dem Preussischen Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch vom 24. Juni 1861, Art. 3:

§ 1. Die Errichtung einer Börse kann nur mit Genehmigung des Handelsministers erfolgen.

§ 2. Neue Börsenordnungen bedürfen der Genehmigung des Handelsministers.

§ 3. In den Börsenordnungen ist insbesondere auch zu bestimmen, wie die laufenden Preise und Kurse festzustellen, wie diese Feststellungen zu veröffentlichen und wie Zeugnisse darüber zu ertheilen sind.

Wäre es nun richtig, dass aus dem Erfordernisse der Genehmigung zur Errichtung einer Börse nach dem Börsengesetze sich folgern liesse, dass wenn eine neu sich bildende Vereinigung diese weder nachsucht noch wünscht, sie als blosse Vereinigung nicht existenzfähig sei, so hätte dies bei dem Gleichlaut der betreffenden Bestimmung im Einführungsgesetze in Preussen schon seit Erlass dieses Gesetzes Rechtens sein müssen. Dies ist aber völlig den Thatsachen widersprechend. In Preussen ist es bisher Niemandem in den Sinn gekommen, zu verlangen, dass eine neue Vereinigung zum Handel gleich bei ihrem Entstehen entweder eine organisirte Börse mit staatlicher Genehmigung wird oder sich auflöst. Denn bisher hat man gewusst, dass eine neu sich bildende Vereinigung wohl sich zu einer Organisation auswachsen kann, welche schliesslich von solcher Bedeutung — insbesondere durch ihre organisirte und, wenn auch in freierer Weise zustandegekommene, so doch immerhin allgemein anerkannte Preisfeststellung — werden kann, dass sie Anträge an den Handelsminister auf Genehmigung als „Börse“ zu stellen Anlass hat; aber man ist noch nicht darauf verfallen, solche Anträge als gesetzlich gegeben hinzustellen, wo weder der Wille, eine Börse zu „errichten“, vorhanden ist, noch auch die Betheiligten die Voraussetzungen einer solchen in ihrer Geschäftsgebarung geben wollen und geben können, insbesondere weil Usancen sich erst bilden müssen, aber noch nicht vorhanden sind, auch die Betheiligten ablehnen, in irgend einer Weise Preise festzustellen. So war die Börse zu Halle noch in jüngster Zeit, unter der Herrschaft des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche, eine blosse Vereinigung, und diese Vereinigung hat eine Börse „errichtet“ und die Genehmigung dazu erbeten und erhalten, als sie es für gut fand, diese Vortheile sich zuzuwenden. Und selbst wenn man das Börsengesetz

nicht als ein Gesetz betreffend die Börse ansieht, sondern als ein Gesetz gegen die Börse, dann ist es noch immer nicht erlaubt, für dieses deutsche Börsengesetz andere Grundsätze über die Entstehung einer Börse anzunehmen, als sie die Entstehungsgeschichte der Börsen überhaupt giebt und die Errichtung einer Börse anders zu vermuthen, als das bisher sich thatsächlich gezeigt hat, nämlich als das letzte Glied der Entwicklung zur Börse.

Gegenüber dem Dargelegten muss es unerheblich erscheinen, wenn jetzt hervorgehoben wird (Sten. Br. der Sitzung des Abgeordn.-Hauses 1897. S. 628): es seien sämtliche Kommissarien, die seiner Zeit mitgewirkt haben bei der Aufstellung des Entwurfes völlig darüber eins, dass gar nichts anderes bezweckt ist bei § 1, als dass Privatbörsen nicht zugelassen werden sollen ohne die Genehmigung der Regierung. Privatbörsen kennt das Gesetz nicht, es kennt Börsen nur als öffentliche Einrichtungen unter der Autorität des Staates und, was hier der Redner unter Privatbörsen verstanden wissen will, sind lediglich private Vereinigungen ohne den Willen, Börse zu sein und ohne die Einrichtungen einer solchen. In der Sache selbst aber beweist die Bekundung der Kommissarien nur, dass das, was die Kommissare bezweckt haben, nicht erreicht worden ist, im Gesetze keinen Ausdruck gefunden hat:

Es existirt in dem Börsengesetze nicht eine Zeile, welche einen so schwer wiegenden Eingriff in das Gewerberecht und in das Verfassungsrecht enthält oder nach den Begriffen der Gesetzesinterpretation zulässt. Schwerwiegende gesetzliche Bestimmungen dieser Art können nicht vermuthet werden, sie müssen vielmehr deutlich ausgedrückt sein.

Das Verbotungsrecht soll allein aus dem gesetzlich vorgeschriebenen Rechte der Genehmigung einer Börse mit allen den bedeutsamen und einflussreichen Gerechtsamen einer öffentlich-rechtlichen Stellung der Börse gefolgert werden. Aber gebietet nicht die einfache Erwägung, dass die Versagung aller dieser wichtigen Vortheile des Gesetzes die Folge der Versagung der Genehmigung ist, hier Halt zu machen und vor der Behauptung zurückzustehen, dass andere nicht logisch sich ergebende Rechtsfolgen nicht vorhanden sind, für welche nichts anderes anzuführen ist, als die unausgeführt gebliebene Absicht

der Kommissarien. Die Absicht der „Kommissarien“ ist doch nicht gleichbedeutend mit der Absicht der gesetzgebenden Faktoren, des Bundesraths und des Reichstags, auf welche allein es ankäme, vorausgesetzt, dass sie im Gesetze Ausdruck gefunden hätte.

In Wahrheit hat man bei Fertigstellung des Gesetzentwurfs nicht gewusst, dass eine Vereinigung zum Handel in Getreide, Spiritus und anderen Produkten wie die in Berlin, Stettin und an anderen Orten bei der heutigen ausgebildeten Technik des Börsenverkehrs noch im Stande ist, ohne eine börsenmässige Organisation Geschäfte zu machen und hat nicht geglaubt, dass die genügende Zahl von Interessenten sich zusammenfinden wird, um ohne jeden organisirten Zusammenhang, nur gestützt auf den einzigen Grundsatz von Treu und Glauben, von einander Waaren zu kaufen und an einander zu verkaufen; und wer daran gedacht hat, hat gedacht, was nur natürlich und selbstverständlich ist, dass dies erlaubt ist und Jedem freisteht. Bezeichnend hierfür ist, was noch ganz neuerdings von autoritativer Stelle aus gesagt wurde, dass die freien Vereinigungen schon desswegen unter dem Börsengesetze nicht bestehen bleiben können, weil der wichtige Theil ihres Geschäfts, das Kommissionsgeschäft, wesentlich behindert sei, da der Selbsteintritt des Kommissionärs hier wegen des Mangels der Kursfeststellung unmöglich sei. Dass dies irrig ist, zeigt das Börsengesetz im § 71, wo der Selbsteintritt bei Waaren zugelassen ist, wenn sie einen Börsenpreis haben, gegenüber von Werthpapieren, bei welchen ein Börsen- oder Marktpreis amtlich festgestellt sein muss. Ob aber eine Waare einen Börsen- oder Marktpreis hat, das hängt nicht davon ab, ob der Preis notirt wird, sondern ob die Waare gehandelt worden ist. Und dabei ist gleichgiltig, ob diese Thatsache an einem öffentlichen Markte oder an einem solchen vorhanden war, zu dem nur gewisse Personen Eintritt haben.

Inzwischen ist in der börsenfeindlichen Partei und Presse die anfängliche Bestürzung über den Beschluss der Getreide- und Produkthändler in Berlin und an anderen Orten einer immerhin sachlicheren Auffassung insofern gewichen, als diese Partei und Presse, welche zuerst das Beginnen dieser Kaufleute als Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen wissen wollte, nunmehr selbst die Produzenten dazu aufruft, ihrerseits ebenfalls Ver-

einigungen zu bilden, welche unter Uebergang des „Zwischenhandels“ die Geschäfte machen sollen. Das ist aber inconsequent, denn, sind die freien Vereinigungen unerlaubt, so ist es jede andere auch, in welcher die bisherigen Börsengeschäfte durch Geschäfte anderer Art und anderer juristischer Konstruktion ersetzt werden sollen. Der Zwischenhandel ist mit Nichten ein unterscheidendes Merkmal für Börsen- oder nicht börsenmässige Geschäfte.

Es ist schon darauf hingewiesen, dass eine Börse im Sinne des Börsengesetzes nicht existiert ohne den Willen Derer, welche eine Börse errichten, und ohne den Willen der Landesregierung, deren Genehmigung zu dieser Errichtung erforderlich ist. Die entgegengesetzte Meinung sieht von dem Willen, eine Börse zu errichten, seitens derjenigen ab, aus welchen eine Börse nur bestehen kann, und hält diesen Willen für entbehrlich, oder sie sagt richtiger und allein denkbar: Der Wille dieser Interessenten muss zwar vorhanden, aber er kann verborgen sein, und die Aufsichtsbehörde, wenn sie diesen verborgenen Willen aus bestimmten Thatsachen zu erkennen glaubt, stellt dann diesen Willen fest und fordert demgemäss die Herbeischaffung der anderweiten Thatsachen, welche zu einer Börse nach dem Börsengesetz erforderlich sind: die Einholung der Genehmigung der Landesregierung, die Feststellung einer Börsenordnung und die Bildung eines Vorstandes.

Diejenigen Thatsachen nun, welche den in Wahrheit vorhandenen, nur dolos verborgenen Willen der Interessenten, eine Börse zu bilden, beweisen könnten, finden sich in der That im Börsengesetze. Dasselbe schreibt zunächst in § 5 vor, worüber die Börsenordnung Bestimmungen treffen muss, Bestimmungen also, ohne welche eine Börse nach den Vorschriften des Börsengesetzes nicht als errichtet angesehen werden kann. Diese Bestimmungen sind erforderlich:

1. über die Börsenleitung und ihre Organe;
2. über die Geschäftszweige, für welche die Börseneinrichtungen bestimmt sind;
3. über die Voraussetzungen der Zulassung zum Besuche der Börse;
4. darüber, in welcher Weise die Preise und Kurse zu notiren sind.

Dass wenigstens diese Bestimmungen wirklich gegeben, ausdrücklich vorhanden sein müssen und nicht blos, wie der versteckte Wille, eine Börse zu bilden, vermuthet werden können, wird gewiss zugegeben werden. Denn diesen Börsenwillen kann man doch nicht anders erkennen, als auf Grund erkannter, zu Tage liegender Thatsachen, nicht auf Grund von Thatsachen, die man wieder selbst erst nur vermuthet. Es müssen also Bestimmungen über die vorgedachten Punkte wirklich vorhanden sein. Hält eine Vereinigung nur die Bestimmung über einen der Punkte, die absolut in jeder Börsenordnung festgelegt sein müssen, für entbehrlich, dann fehlt es schon an einer dieser grundlegenden Thatsachen für die Vermuthung des Willens, eine Börse zu bilden. Wenn nun zu diesen Punkten 4^{ten} gehört: die Bestimmung darüber, in welcher Weise die Preise und Kurse zu notiren sind, so ist doch Folgendes unbestreitbar: Wenn Preise und Kurse überhaupt nicht festgestellt werden, so kann man sie auch nicht „notiren“, d. h. als festgestellte notiren und wo Preise und Kurse nicht notirt werden, dort bedarf man auch keiner Bestimmung, wie sie zu notiren sind und hat in Ermangelung jeden Interesses solche Bestimmungen nicht.

Die freien Vereinigungen notiren aber, was notorisch ist, Preise oder Kurse nicht. Ebenso wenig haben diese Vereinigungen Bestimmungen über die Geschäftszweige, für welche ihre Einrichtungen d. h. eigentlich nur ihr Raum, wo sie Geschäfte treiben, bestimmt ist, denn sie kümmern sich nicht um die Geschäfte, welche die einzelnen Mitglieder abschliessen, geschweige denn, dass sie bestimmte Geschäftszweige in ihren Räumen zulassen, andere ausschliessen. Die Berliner Vereinigung lässt den Betrieb jeden Geschäftszweiges zu, der ihre Mitglieder nicht belästigt, und ihre Statuten kennen nur eine Ausnahme: Nach § 2 derselben ist in den Vereinsräumen der gesetzlich verbotene Börsenterminhandel verboten.

Ebenso dürfte für die Erkennung des versteckten Börsenwillens zu prüfen sein, ob nicht solche Geschäfte hauptsächlich oder doch vielfach in einer freien Vereinigung abgeschlossen werden, welche nur an einer Börse abgeschlossen werden können, an welcher also für solche Geschäfte Börseneinrichtungen getroffen sind. In dieser Beziehung bestimmt § 48 des Börsengesetzes:

„Als Börsengeschäfte in Waaren oder Werthpapieren gelten Kauf- oder sonstige Anschaffungsgeschäfte auf eine bestimmte Lieferungszeit oder mit einer festbestimmten Lieferungsfrist, wenn sie nach Geschäftsbedingungen geschlossen werden, die von dem Börsenvorstande für den Terminhandel festgesetzt sind, und wenn für die an der betreffenden Börse geschlossenen Geschäfte solcher Art eine amtliche Feststellung von Terminpreisen (§ 29, 35) erfolgt.“

Diese Geschäfte werden in der freien Vereinigung nicht abgeschlossen, theils, weil und soweit sie gesetzlich und im Statut verboten sind, theils weil die dazu erforderlichen Börseneinrichtungen fehlen.

Dass die thatsächlich abgeschlossenen Lieferungsgeschäfte, wie sie das Handelsgesetzbuch näher in's Auge fasst, keine spezifischen Börsentermingeschäfte sind, ist Niemandem zweifelhaft; für diese Geschäfte bedarf es auch keiner Börseneinrichtungen und, wie gesagt: die freien Vereinigungen haben solche nicht.

Aber, um noch einmal auf den Ausgangspunkt dieser Betrachtung: das Erforderniss des „Börsenwillens“, des Willens, eine Börse zu errichten, zurückzukehren, so ist noch Folgendes zu bedenken:

Geht man davon aus, gewisse thatsächliche Erscheinungen als Grund anzusehen, eine Börse als vorhanden anzunehmen, von der die Theilnehmer meinen und erklären, sie hätten keineswegs die Absicht, eine solche zu errichten, so wäre es nur folgerichtig, auf diese Bildung das Börsengesetz anzuwenden. Dieses fordert aber durchaus nicht, wie gesagt wurde, zunächst die Feststellung und Einreichung einer Börsenordnung an die Landesregierung, sondern es fordert zunächst: die Genehmigung der Landesregierung. Nun kann man doch diese Genehmigung, dieses erste Erforderniss einer zu „errichtenden Börse“ Niemandem aufdrängen und man kann andererseits doch von Niemandem fordern, dass er Etwas erbitten solle. Dass das Gesetz sich dieses gedacht habe, das ist doch aus dem Gesetze gewiss nicht herauszulesen oder in dasselbe hineinzuinterpretiren.

Der etwaige Einwurf, die jetzigen freien Vereinigungen seien gar keine Neubildungen, sondern in Wahrheit die alten

Börsen, widerlegt sich dadurch, dass zur Fortsetzung der alten Börse geradeso der Wille der Interessenten erforderlich ist und zwar zuerst und vor allem Anderen erforderlich ist, wie zu einer Neubildung. Und dieser Wille, fortzusetzen, kann nicht vermuthet werden, wenn alles Das aufhört, was für die Börse bisher charakteristisch war und dafür ein freier Handel eintritt, der sich in nichts vom Handel unter 2 bis 4 Personen unterscheidet, wenn er jetzt auch von 100 betrieben wird.

Für Preussen speciell ergibt sich das aus dem gesetzlichen Zustande vor dem Börsengesetze. Auch vor dessen Geltung gehörte zu einer Börse zuerst der Wille der Interessenten und dann die Genehmigung des Handelsministers. Dieser Wille der Interessenten kann sich in den entgegengesetzten verwandeln, nicht Börse sein zu wollen, eine Börse nicht bilden zu wollen, insbesondere jetzt, nach Eintritt der Geltung des Börsengesetzes. Dieser Wille äussert sich nicht blos durch Austritt aus der Börse, sondern auch anderweit bei Verbleiben in der Börse: durch Enthaltung von Schaffung der Börseneinrichtungen, insbesondere von der Wahl des Börsenvorstandes, des Ehrenrathes u. s. w. Die Folge ist dann, dass die Landesregierung diese unzweifelhaft „bestehende“ Börse aufheben kann. Sie kann sie auch bestehen lassen, sie kann sie aber auch, wenn sie will, aufheben. Thut sie das, dann hebt sie nicht eine private Vereinigung auf, sondern eine bestehende Börse des Börsengesetzes, eine öffentlich-rechtliche Institution.

Und nun noch Eines:

Darüber dürfte allgemein Zweifellosigkeit herrschen, dass die zuverlässige Preisfeststellung eine der wesentlichsten, vielmehr die wesentlichste Funktion einer Börse im Gegensatze zu jeder anderen Form der kaufmännischen Vereinigung behufs Abschlusses von Geschäften ist, dass man sich eine Börse ohne eine solche Preisfeststellung in irgend einer autoritativen oder als autoritativ in der Geschäftswelt geltenden Form nicht vorstellen kann. (Die Mittheilung in einem Aufsätze von Dr. Schuhmacher in den Preuss. Jahrbüchern [Sept. 1896], wonach an der Börse zu Chikago die Preisfeststellung geradezu verhindert werde, wird von Kennern als irrig bezeichnet.) So ist es denn auch unleugbar, dass diejenigen Kaufleute, welche

geglaubt haben, unter den ihnen nicht durch das Börsengesetz, sondern durch dessen Ausführung auferlegten Bedingungen den Geschäftsbetrieb an der Börse lediglich, weil sie ihre Ehre verletzt und ihre Ehrlichkeit angezweifelt sahen, nicht fortsetzen zu können, ihre Thätigkeit unter Verzicht auf die bisherigen gesicherten Voraussetzungen und auf die von ihnen erworbenen und mit ihrem Gelde noch heute erhaltenen Geschäftsräume nichts weniger als leichten Herzens in private Räume verlegt haben. Die Parteibestrebungen, welchen es hierfür immer noch an offenen Augen fehlt, können nicht in Betracht kommen, aber in den Kreisen der Landesregierung ist jene Thatsache sicherlich erkannt. Und es wird dort wohl auch erkannt sein, dass die Voraussetzung der Geltung des Börsengesetzes das Vorhandensein und das normale Funktioniren der Börse nach dem Börsengesetz ist, wozu insbesondere der Wille der Börsenbesucher gehört, hierbei mitzuwirken. Die Meinung übereifriger Blätter, es genüge, zunächst einmal die freien Vereinigungen mit Polizeigewalt auseinanderzutreiben, wird an ausschlaggebender Stelle schon jetzt abgewiesen. Es wird dort sicherlich nicht übersehen, dass, wenn selbst alle früheren Börsenbesucher, speciell die Besucher von Produktenbörsen an diese zurückkehrten, sie nicht gezwungen werden können, an der Bildung des Börsenvorstandes durch Wahl von Mitgliedern desselben mitzuwirken, dass aber, wenn kein Börsenvorstand vorhanden ist, neben allen sonstigen Mängeln der Organisation auch der Mangel einer amtlichen Preisfeststellung bestehen bleibt. Hier zeigt sich, dass Sinn und Geist des Börsengesetzes weitab von der Auffassung sind, das Eingreifen der Staatsgewalt könne die Börsenorganisation schaffen. Die Grundlage der Börse, d. h. eben der nach dem Börsengesetze organisirten Börse ist allein der freie Wille ihrer Besucher, zu kommen und einerseits Geschäfte abzuschliessen, andererseits aber der Organisation durch Wahl des Börsenvorstandes die feste Gestalt zu geben, welche das Börsengesetz anstrebt.

Ungerechnet, dass übersehen wird, das Eingreifen der Staatsgewalt könne noch andere Folgen nach sich ziehen. Wie nicht entfernt vorausgesehen wurde, dass die Interessenten, welche der Ansicht sind, die Ausführung des Börsengesetzes mache ihnen das Börsengeschäft unmöglich und zwar vorzugs-

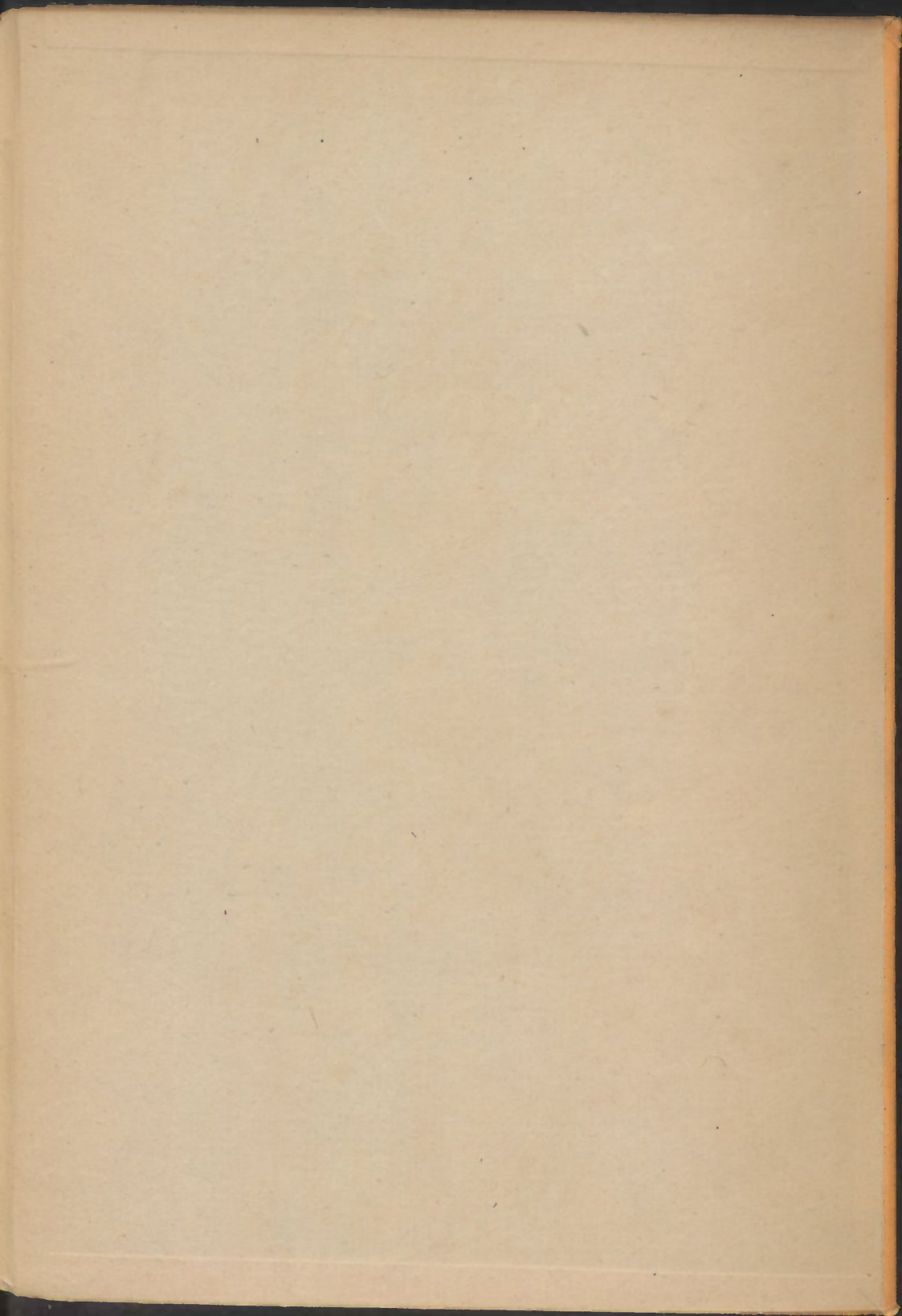
weise, man kann sagen, lediglich aus ethischen Gründen, und welche sich lieber pekuniären Schädigungen aussetzten, um in freier Vereinigung ihre Geschäfte abzuschliessen, so ist es nichts weniger als undenkbar, dass sie, wenn sie auch in ihrer freien Vereinigung gestört werden, keineswegs zur Börse zurückkehren, sondern ihre Geschäfte ohne diese Vereinigung von Komptoir zu Komptoir fortsetzen. Dass das lediglich einen gewaltsam herbeigeführten Rückschritt in der Kulturentwicklung bedeuten würde, der jedem Betheiligten, insbesondere aber und vor Allem den Producenten schadet und Niemandem nützt, wird Jeder zugestehen, der die einschlägigen Verhältnisse kennt, ob als über den Parteien stehender Beamter der Regierung, ob als Freund der Börse oder als deren Feind.

Deshalb darf erwartet werden, dass bei der von der Kaufmannschaft und nicht blos bei den direkt Getroffenen tief empfundenen Prägravirung des Kaufmannstandes, der sich besonders in seiner Ehre verletzt sieht, an der rechten Stelle die rechten Maassnahmen werden gefunden werden. Die unleugbaren Opfer, welche dieser Stand an vielen Orten und besonders in Berlin mit Einmüthigkeit zur Wahrung seiner Ehre bringt, sind eine Thatsache, die nicht übersehen werden sollte und welche dazu auffordert, diesem nun genug geschmähten, durch Fleiss, Intelligenz und Ehrenhaftigkeit hervorragenden Theil der Bevölkerung zu gewähren, was der altpreussische Grundsatz fordert:

suum cuique.



Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Berlin W.



Dobberke & Schleiermacher

(PAUL HÜTTIG)

Buchhandlung

Mohren-Strasse 13-14. BERLIN W.8. Mohren-Strasse 13-14.

Special-Geschäft für

Bank-, Börsen- und Handels-Litteratur.

*Sämmtliche Erscheinungen dieser Gebiete stets auf Lager.
Auf Wunsch zeigen wir Interessenten regelmässig die Neu-
Erscheinungen umgehend an und erbitten zu diesem Zwecke
gefällige Aufgabe der Adresse.*



206\$0841100X

JULIUS SITTENFELD. BERLIN W.